

und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, Juri Andropow, am 28. September 1983 mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Das Wohlergehen unseres Volkes und die Sicherheit des Sowjetstaates werden von uns nicht vom Wohlergehen und von der Sicherheit der anderen Völker und der anderen Länder getrennt gesehen, geschweige denn zu diesen in Gegensatz gebracht. Im nuklearen Zeitalter darf die Welt nicht durch die Blende eng egoistischer Interessen betrachtet werden. Die verantwortungsbewußten Staatsmänner haben nur eine Wahl — alles für die Verhütung einer nuklearen Katastrophe zu tun.“^{1 2}

Es ist weltweit bekannt, wie sich die DDR um die Sicherung des Friedens bemüht und voll und ganz mit den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion übereinstimmt. Bekannt ist auch, welch gewaltige Arbeit der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, leistet, um mit führenden und einflußreichen Politikern, besonders aus der BRD, zu gemeinsamen Standpunkten zu gelangen, um die uns heilige These, daß vom deutschen Boden nie wieder ein Krieg ausgeht, zu verteidigen.

Von großer Bedeutung war der gemeinsame Appell der deutschen Kommunisten der SED, der DKP und der SEW. Das war die Stimme von Generationen der organisierten revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, die sich nie schuldig gemacht hat und nie schuldig machen wird, wenn es um die Verteidigung der Lebensinteressen des deutschen Volkes geht.

All diesen Initiativen und Gesprächen lag ein Gedanke zugrunde: alles Erdenkliche für einen Erfolg der Verhandlungen in Genf zu tun, alles Erdenkliche zur Verhinderung der Stationierung amerikanischer atomarer Erstschlagswaffen, die gegen den Sozialismus gerichtet sind, zu tun. Und wir werden bis zur letzten Minute für einen Erfolg in Genf eintreten und die Verhinderung einer neuen Runde des atomaren Wettrüstens anstreben. In dieser ersten Stunde sagen wir: Alles zur Rettung des Friedens!

Es ist vom Vorsitzenden des Staatsrates mehrmals darauf hingewiesen worden, daß nach der Stationierung eine neue Lage entstehen würde, daß nichts mehr so bleiben könne, wie es ist. Andererseits gingen von den Gesprächen Erich Honeckers Impulse für eine Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten aus, die, wenn sie nicht durch einseitige atomare Bedrohung erstickt werden, ein großer Vorteil für beide deutsche Staaten und ihre Staatsbürger sein werden.

Bei allen Gesprächen war die Rede davon, wie es im Geiste der Politik der friedlichen Koexistenz weitergehen könnte, wenn man sich nicht in eine Politik des Hasses und der Drohungen hineinziehen läßt. Das sollte man ernsthaft bedenken, wenn man zustimmt, daß die BRD zum Startplatz für amerikanische nukleare Erstschlagswaffen gemacht wird, die gegen die Länder der sozialistischen Gemeinschaft gerichtet sind.

Der Vorschlag Erich Honeckers in seinem Brief an Bundeskanzler Kohl, „daß sich alle, die das Abgleiten der Menschheit in eine nukleare Katastrophe verhindern wollen, zu einer Koalition der Vernunft zusammenschließen sollten, um beruhigend auf die internationale Lage einzuwirken“³, drückt das hohe Verantwortungsbewußtsein eines sozialistischen deutschen Staatsmannes aus, der in der Tradition von Karl Liebknecht und Ernst Thälmann steht. Und wenn Erich Honecker seine Erwartung ausdrückt, daß der Bundeskanzler ebenso wie wir, eingedenk der geschichtlichen Lehren zweier Weltkriege, von seinen Möglichkeiten Gebrauch macht, „um in später Stunde einer weiteren Umdrehung der Rüstungsspirale mit schlimmen Folgen Einhalt zu gebieten“, dann sprechen daraus der Geist, der Mut und die Verantwortung derer, die vor dem ersten Weltkrieg und vor dem hitlerfaschistischen Krieg warnten und deren voraussagende Mahnungen so bittere Wahrheit wurden.

Natürlich würde die Umwandlung der Bundesrepublik Deutschland in eine Startrampe für amerikanische nukleare Erstschlagswaffen eine neue Lage schaffen. Oder glaubt man wirklich, daß die Völker vergessen haben, daß während einer Generation zwei Weltkriege von deutschem Boden ausgingen? Und wenn die Staaten des Warschauer Vertrages Gegenmaßnahmen zum Schutze ihrer Völker treffen, so tragen die Ver-

antwortung dafür jene, die mit Atomraketen, Kreuzzügen und Konfrontation die internationale Atmosphäre vergiften.

An zwei Dinge sollte man noch einmal erinnern: an das Potsdamer Abkommen und an die Verträge der BRD mit sozialistischen Ländern. Im Potsdamer Abkommen ist festgehalten, dafür zu sorgen, daß Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder den Frieden in der Welt bedrohen kann. Das ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, denn das Potsdamer Abkommen wurde Völkerrecht, und Staaten, die Abkommen brechen oder sie verletzen, verstoßen gegen Völkerrecht. Erich Honecker sagte dazu: „Die Installierung von Angriffswaffen strategischen Charakters in der BRD würde sowohl das Potsdamer Abkommen als auch die Verträge der BRD mit den sozialistischen Ländern, wie den Grundlagenvertrag, sowie die Schlußakte von Helsinki verletzen, worüber alle Verantwortlichen nachdenken sollten.“⁴

Wenn wir an die Einhaltung völkerrechtlicher Verträge erinnern, so deswegen, weil solche Verträge in der Vergangenheit auch von deutschen Regierungen verletzt oder gebrochen wurden. Man soll den Anfängen wehren!

Zusammengefaßt können wir uns mit dem identifizieren, was UN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar sagte: „Auf keinem Gebiet ist die Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf die Prinzipien der Charta wichtiger und enger mit dem Überleben der Menschheit verknüpft als auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung. Die Verhütung eines Kernwaffenkrieges bleibt die mit nichts vergleichbare Herausforderung unserer Zeit, da ein solcher Krieg das unwiderstehliche Ende allen menschlichen Strebens bedeuten würde.“⁵

Während der 38. Tagung der UN-Vollversammlung fand in New York eine Konferenz der Außenminister und Delegationschefs von 101 nichtpaktgebundenen Staaten statt. Diese 101 Staaten, Mitglieder der Vereinten Nationen, fordern ein sofortiges Verbot der Drohung mit Atomwaffen und unterstützen den von der UdSSR eingebrachten Vorschlag für das Einfrieren der Atomrüstung. Sie wiesen jeden Rechtfertigungsversuch für die Anwendung von Kernwaffen scharf zurück und verlangten eine Zusicherung an alle nichtkernwaffenbesitzenden Staaten, daß kein Staat als erster Kernwaffen anwendet. Wie man unschwer feststellen kann, gibt es zu all diesen Forderungen an die UNO gerichtete Vorschläge und Entwürfe der Sowjetunion, die von den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterstützt werden.

Interessant ist auch die Forderung der 101 nichtpaktgebundenen Staaten zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen, wie sie bekanntlich für Mitteleuropa von der schwedischen Regierung vorgeschlagen und von der DDR mit der Verpflichtung unterstützt wurde, dafür das ganze Territorium der DDR zur Verfügung zu stellen.

Wir stimmen auch mit den anderen von den Vertretern von 101 Staaten erhobenen Forderungen wie dem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Apartheid und Rassismus überein und haben stets mit Solidarität und großem Engagement diesen Kampf unterstützt.

Hohe Anerkennung verdient auch, daß die UNO in ihrer Arbeit der mächtigsten Massenbewegung, der Bewegung für Frieden und Abrüstung, Rechnung trägt.

Wir sind mit allen friedliebenden Völkern überzeugt, daß die Verhinderung einer nuklearen Katastrophe notwendig ist. Wir sind aber auch der festen Überzeugung, daß die Verhinderung einer solchen Selbsterstörung der Menschheit möglich ist. Die Reihen der Verteidiger des Friedens sind heute stärker und fester als je zuvor in der Menschheitsgeschichte. Von der kämpferischen Vorhut der Arbeiterklasse auf allen Kontinenten bis zur weltumspannenden Friedensbewegung, von den kolonial befreiten Völkern bis zu den nationalen Befreiungsbewegungen wird heute die Vernunft und die Existenz der Völker verteidigt.

1 ND vom 13. September 1983, S. 3.

2 ND vom 29. September 1983, S. 2.

3 ND vom 10. Oktober 1983, S. 1.

4 ND vom 22. September 1983, S. 1.

5 Aus dem Bericht des UN-Generalsekretärs an die 38. Tagung der UN-Vollversammlung, UN-Doc. A/38/1.